

Stantsverfassung hin. Er stellt auch fest, daß die liberale Initiative bereits wesentlich erweitert werden konnte. Müller (Lr., Luzern) erklärt namens seiner Fraktion, daß er dem Eintreten nicht opponieren werde. Die Fraktion des Landrings kann sich mit der Vorlage nicht in allen Teilen befriedigt erklären. Müller nicht wohl eine Erweiterung der Parlamentskompetenzen, jedoch nur eine beschränkte Erweiterung der Volksrechte. Namens der konservativ-christlichsozialen Ratsmehrheit beantragt Dr. Wick (chr., Luzern) Eintreten auf die «Kompromißvorlage». Bußmann (Lr., Luzern) sieht in der Herabsetzung der Unterschriftenzahl bei gleichzeitiger Heranziehung der Kompetenzsumme keine effektive Erleichterung des fakultativen Referendums. Surber (soz., Kriens) ist namens seiner Fraktion für Eintreten, meldet aber Vorbehalte an. Bühler (lib., Luzern) ist enttäuscht über das Feilschen zu den beiden Reformpunkten «Kompetenzsumme» und «Parlamentsreferendum». Er kann in der Vorlage keinen echten Kompromiß sehen. Vielmehr befürchtet er eine unglückliche Machtdemonstration der Mehrheitsfraktion. Dr. Muheim rechtfertigt als Justizdirektor den regierungsrätlichen Antrag,

den auch er als Kompromißvorschlag bezeichnet. In der Detailberatung beantragt vorerst Bühler (lib., Luzern) eine Erleichterung des Referendums durch Herabsetzung der Kompetenzsumme. Bußmann (Lr., Luzern) geht noch weiter hinah bei der Kompetenzsumme. Dr. von Segesser (kons., Luzern) argumentiert mit der Stimmfälligkeit gegen die Erweiterung der Volksrechte. Dr. Krummenacher (lib., Emmenbrücke) findet, daß eine Angst vor dem Referendum im Kanton Luzern nicht berechtigt sei. Die Zustimmung zu den Anträgen Bühler (Kompromißsumme des Parlamentarreferendums von zehn auf fünf Millionen Franken reduziert) und Bußmann (Kompetenzsumme des fakultativen Referendums von einer Million auf 500 000 Franken) könnte, so tönt Dr. Krummenacher an, zu einem Rückzug der liberalen Initiative führen. Dr. Bühlmann als Finanzdirektor steigt nach diesem im Sinne der Versöhnung geführten Referat auf die Barrikade für den «Kompromißvorschlag» der Regierung. Er preist die Lösung, da sie keinem alles, aber allen etwas biete. In

der Abstimmung erhebt sich die schwarze Mauer wieder in der gewohnten Geschlossenheit: Die Oppositionsanträge hatten deshalb keine Chance. **Ergänzung von AHV- und IV-Renten** Zur Abänderung des Gesetzes über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung referiert einleitend Zimmermann (soz., Luzern), der seinerzeit auch eine Motion in dieser Sache vortrug. Beim regierungsrätlichen Antrag geht es darum, die Kürzungen der Ergänzungsleistungen im Zusammenhang mit der 7. AHV-Revision auszugleichen. Regierungsrat Dr. Bühlmann schildert Verdrags- und Auswirkungen der Gesetzesrevision. Das abgeänderte Gesetz passiert unangefochten und diskussionslos die erste Beratung.

Ergänzung von AHV- und IV-Renten

Zur Abänderung des Gesetzes über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung referiert einleitend Zimmermann (soz., Luzern), der seinerzeit auch eine Motion in dieser Sache vortrug. Beim regierungsrätlichen Antrag geht es darum, die Kürzungen der Ergänzungsleistungen im Zusammenhang mit der 7. AHV-Revision auszugleichen. Regierungsrat Dr. Bühlmann schildert Verdrags- und Auswirkungen der Gesetzesrevision. Das abgeänderte Gesetz passiert unangefochten und diskussionslos die erste Beratung.

Gattinnen außerhalb der Anstalt Kontakt aufzunehmen. ■ Es seien auszunehmen: Das Vortragswesen in der Anstalt, das Schulungssystem (Steno, Schreibmaschine, Sprache, evtl. Instrumentalunterricht), Diskussionsabende für junge Sträflinge, Entlassungswärter. Des weitern seien Freizeitsportstätten im Sinne der Erziehung zur Freizeitgestaltung nach der Entlassung einzurichten. ■ Die spezielle Behandlung der Entlassungswärter im Sinne der Angewohnung an die Freiheit nach der Entlassung sei durchzuführen. ■ Eventuell sei eine Kommission von universitären Fachleuten zu bilden, welche diese Maßnahmen zu koordinieren hat. ■ Die Zusammenlegung der Anstalten Sedel und Wauwiler Moos sei zu beschleunigen.

Um die Strafanstalt Wauwiler Moos

Zum Dekret über die Genehmigung des Projektes und die Krediterteilung für Hochbauten (zweite Etappe) der Strafanstalt Wauwiler Moos referiert Birrer (kons., Willisau-Land) namens der Kommission. Mit einem Kredit von annähernd einer Million Franken sollen ein Maststall, ein Jungvieh- und Kälberstall, ein Futterhaus und eine Siloanlage und Mischfuttersilos erstellt werden. Die Vorlage ist recht dringlich.

Der Rat hat nun über das Dekret betreffend Stellungnahme zur Initiative auf Teilrevision der Staatsverfassung (Finanzreferendum) zu befinden. Regierung und Kommission beantragen Ablehnung. Dr. Krummenacher (lib., Emmenbrücke) beantragt Gutheißung der Initiative (was eine Volksabstimmung überflüssig machen würde). Doch die schwarze Mauer erhebt sich von neuem.

Becker (Lr., Kriens) erkundigt sich nach dem abgestobenen Raffinerie-Projekt im Wauwiler Moos, insbesondere nach der Verwendung des Bodens. Finanzdirektor Dr. Bühlmann antwortet, daß die 1,4 Millionen Quadratmeter im Besitze der Raffinerie seien. Es bestehen Möglichkeiten, das Land zu erwerben, sichert Dr. Bühlmann an. Er kann sich vorstellen, daß der Kanton einen Teil des Landes als Industrie- und Landwirtschaftsfläche übernehme, doch erklärt er, daß auch schon andere Interessenten im Gespräch seien. Allerdings müsse vor der Ansiedlung von Industrien die Wasserversorgung sichergestellt werden.

Dr. Muheim macht in seiner Antwort Dr. Krummenacher den Vorwurf, sich im luzernischen Strafvollzug nicht auszukennen. Dr. Krummenacher läßt diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen und präzisiert die in den Postulaten versteckten Bemängelungen eindringlich. Burri (lib., Malters) macht Bemerkungen zur Landwirtschaft in der Strafanstalt Sedel. Müller (Lr., Luzern) durchleuchtet das gleiche Problem. Er reicht ein entsprechendes Postulat ein.

Ahlfeld fordert er auch in bezug auf die hygienischen Zustände. Zusammen mit Dr. Krummenacher plädiert er für eine raschmögliche Aufhebung der Anstalt Sedel. Dr. Muheim wundert sich auch über diesen Vorstoß, weil er überzeugt ist, daß in den Anstalten das meiste zum besten bestellt ist. Mit Vorbehalten ist die Regierung bereit, das Problem entgegenzunehmen. Der Rat stimmt trotz zahlreicher Vorbehalte dem Dekretsentwurf zu.

Suter (soz., Luzern) stellt ein Postulat, das 10 000 Franken Staatsbeitrag an ein privates verkehrspädagogisches Institut vorschlägt. Becker (Lr., Kriens) und Müller (Lr., Luzern) finden die Interessenvertretung eines Fahrlehrers im Rat etwas übertrieben. Auch Regierungsrat Dr. Isenschmid ist von dem Postulat überrascht. Aufklärung über die Verwendung eines Postens Verkehrserziehung fordert Christoffel (lib., Luzern). Polizeidirektor Dr. Isenschmid erläutert die Ausgaben. Verkehrsmittel für die Verkehrserziehung fordern sodann Christoffel (lib., Luzern) und Marbach (kons., Littau).

Hofer (lib., Luzern) regt eine Erhöhung der Kantonssubvention ans Stadttheater Luzern an. Finanzdirektor Dr. Bühlmann stellt diesem Anliegen als gewiegter Taktiker gewisse Forderungen des Kantons an die Stadt gegenüber. Nachdem der Rat noch das Postulat Suter abgelehnt hat, verabschiedet das Parlament Staatswirtschaftsminister Adolf Kiech als Regierungsrat. Nachher wird der neu gewählte Peter Käusel als Regierungsrat vereidigt. Damit schließen Sitzung und Session; die Beratung der Staatsrechnung wird in der Herbstsession weitergeführt.

Es ist allerhand gegangen...

Die Abschiedsrede von Regierungsrat Adolf Kiech vor dem Großen Rat: Eine Bilanz und ein Bekenntnis zur Heimat

Zu Beginn der gestrigen Sitzung, die dritte der Session, kündigte Großenratspräsident Balsiger an, daß Regierungsrat Kiech erkrankt sei und vom Arzt nur gerade für eine halbe Stunde «Betturlaub» erhalten habe, um an seiner Verabschiedung und an der Einsetzung seines Nachfolgers teilnehmen zu können. Starker Beifall empfing den vom Amt zurücktretenden Magistraten, als er den Saal betrat und auf seinem angestammten Regierungssessel Platz nahm. Sichtlich bewegt, eingerahmt von wunderschönen Blumen, hielt Adolf Kiech seine Abschiedsrede, die auf allen Bänken mit herzlichem Applaus verstanden wurde. Der Magistrat sagte u. a.: «Mit Befriedigung darf ich am Ende meiner Amtszeit feststellen, daß in allen Abteilungen des Staatswirtschaftsdepartementes die neuzeitlichen Aufgaben gelöst und fast für alle zu beherrschenden Sachgebiete die Rechtsgrundlagen erneuert und modernisiert wurden, wohl vielfach in Anlehnung oder zum Vollzuge neuer eidgenössischer Bestimmungen.

Im Industriesektor hat sich während der letzten 20 Jahre die Zahl der Fabrikbetriebe ungefähr verdoppelt

und im gleichen Maße auch die Zahl der Industriearbeiter. Die Industrialisierung liegt trotzdem immer noch unter dem schweizerischen Mittel. Für eine stärkere Industrialisierung braucht es ebenfalls eine Verbesserung der Grundlagen. Diese liegen neben der Verkehrs- und Siedlungsplanung im Gewässerschutz und in der Wasserversorgung. Der Gewässerschutz, der nur rudimentäre Ansätze hatte, mußte mit viel Mühen aufgebaut werden. Erfreulicherweise ist es kräftig vorwärts gegangen. Eine eigenständige Statistik stellt fest, daß der Kanton Luzern mit dem Stand der Maßnahmen für den Gewässerschutz nicht mehr im 21., sondern im 7. Rang aller Kantone figuriert. Vor dem Regierungsrat liegt der Entwurf für das Gesetz über die Bewirtschaftung des Wassers, das für die Erstrebung einer genügenden Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit Trink- und Brauchwasser die rechtlichen Grundlagen schaffen soll.

Das Dienstleistungsgewerbe ist im Zunehmen begriffen, soweit es die Zahl der Beschäftigten betrifft. Das Dienstleistungsgewerbe wird sich in größeren Bevölkerungsagglomerationen stärker entwickeln.

Selbst innerhalb dieses Gewerbes scheint sich vielfach eine Entwicklung in Form einer gewissen Konzentration abzuspiegeln. Von unserer Seite war in diesem Sektor die Hotellerie und das Gastwirtschaftsgewerbe zu betonen. Es wurde vor allem eine Verbesserung der sanitären, hygienischen und räumlichen Verhältnisse in den Gaststätten angestrebt. Die Hotelunternehmen haben sehr vieles in Erneuerungen geleistet und es sind eine Anzahl neuer Hotelbetriebe entstanden. Das Kurtagewerbe wird da und dort Verbesserungen von besonderer Einrichtungen und Maßnahmen der Ferienorte im Interesse des Gastes ermöglichen. Neue Banken und Versicherungen, neue Lehranstalten und Zuzug von eidgenössischen Verwaltungen können diesen Dienstleistungssektor noch erhöhen. Für die Vermittlung von Stellen, für die am Anfang meiner Amtszeit eine Neuregelung erfolgte, hat sich das Arbeitsamt nun mehr mit Fragen der Fremdarbeiterbewilligung zu befassen, was zurzeit zu den schwierigsten und fast unlöslichen Aufgaben gehört, umso mehr, als diese Angelegenheit ausschließlich in den Händen des Bundes liegt.

Die Arbeitslosenversicherung wurde obligatorisch gestaltet, und wenn die sogenannten Verwaltungskosten heute gemessen an den Auszahlungen relativ groß sind, so müssen wir uns freuen, daß die Beanspruchung klein ist. Der Bundesrat hat hier eine Revision in Aussicht gestellt. Ohne viel Aufsehen und ohne große Bürokratie wird das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, das für gesunde Arbeitsräume und gute Arbeitsbedingungen zu sorgen hat, auf der Basis einer Verordnung vollzogen.

Es ist also doch allerhand gegangen. Das Erreichte beglückt mich sehr, das Nichterreichte bedrückt mich nicht so schwer, da das Beglückende das Bedrückende doch weit übersteigt. Zum Schluß seiner Ausführungen dankte Regierungsrat Kiech für das ihm geschenkte Vertrauen. Er dankte auch seinen engsten Mitarbeitern, dem gesamten Personal des Staatswirtschaftsdepartementes und der Staatskanzlei. Er beglückwünschte dem Großen Rat zur weiteren Arbeit an der fordernden Gestaltung des Wirtschaftslebens und an der Mehrung des Wohlstandes unseres Volkes. Er wünschte ihm eine erfolgreiche Tätigkeit, begleitet von lebhaften und geistreichen Diskussionen ohne Gleichschaltung, aber in gegenseitiger Respektierung und Wertschätzung; eine offene Zusammenarbeit, frei von Prestige und Verkrampfungen, dafür stets auf die Wohlfahrt des Volkes ausgerichtet. Adolf Kiech gratulierte schließlich seinem Nachfolger zur ehrenvollen Wahl und schloß mit dem Wunsch, Rat und Bürgerschaft mögen auch in Zukunft zum Wohl der schönen und lieben Heimat, dem Luzernerland, etwas Fortschrittliches und etwas Mutiges wagen.

Etwas skeptisch gegenüber der Art des Strafvollzuges im Kanton Luzern

ist Dr. Krummenacher (lib., Emmenbrücke). Ihm fällt auf, daß im Großen Rat des Kantons Luzern immer von Kühen und Kälbern und Bodenuntersuchung gesprochen wird, wenn es um den Strafvollzug geht. Der temperamentvolle liberale Parteipräsident findet es wenig sinnvoll, wenn der Straf-



Eindrückliches Plüdoyer für die Gefangenen in den Luzerner Strafanstalten: Dr. Albert Krummenacher.

vollzug ausschließlich sich in landwirtschaftlicher Tätigkeit erschöpft. Der Referent verweist auf Saxerriet. Er stellt dem Justizdirektor die Frage, ob man sich mit der Vorlage nicht den Weg zu einem modernen Strafvollzug verbaue.

Die Frage der «Sträflingsentlassung» zieht Müller (Lr., Luzern) an. Im übrigen unterstreicht er die Ausführungen Dr. Krummenachers. Im weiteren rügt er die «Kostgedraxis», die die Rückkehr der Sträflinge in die Freiheit nicht eben erleichtert. Übrigens, so stellt Müller (Lr., Luzern) fest, seien die landwirtschaftlichen Betriebe in den Strafanstalten keineswegs rentabel. Dr. Steger (kons., Ettiswil) überlegt sich Konkordanzmöglichkeiten. Vonvolly (chr., Littau) bemängelt die Tatsache, daß wieder definitive Bauten für die Landwirtschaft erstellt werden, während noch Baracken für die Häftlinge bestehen.

Regierungsrat Dr. Muheim versichert dem Rat, daß die Betreuung der Häftlinge ausgezeichnet sei.

Er stellt auch fest, daß die Häftlinge nicht nur in der Landwirtschaft beschäftigt werden: Es würden auch Arbeiten für Zeughäuser ausgeführt. Im weiteren sei die Landwirtschaft arbeitstherapeutisch nicht zu verachten. Die wirtschaftliche Strukturierung anderer Strafanstalten (inkl. Saxerriet) sei nicht wesentlich anders. Die Frage Dr. Krummenachers beantwortet Dr. Muheim dahingehend, daß im Wauwiler Moos nicht nur der Landwirtschaftsbetrieb ausgebaut werde. Zur Frage der Entschädigung der Häftlinge versichert Dr. Muheim, daß alles zum besten bestellt sei, ja sogar, daß der Kanton Luzern, was die Häftlingsentschädigung betrifft, an der Spitze im schweizerischen Vergleich stehe. «Ich glaube, daß wir in bezug auf den Strafvollzug gar nicht schlecht dastehen», schließt Dr. Muheim seine Ausführungen.

Detailberatung

In der Detailberatung weist Dr. Krummenacher (lib., Emmenbrücke) auf einige Details der Sempacher Schlachtfelder hin, die etwas störend wirken. Auch Bußmann (Lr., Luzern) bemängelt die antiquierte Konzeption der Feier. Die beiden Referenten reichen entsprechende Postulate ein. Dr. Kistler stellt einige Fragen zur Entwicklungshilfeaktion Kamerun am Technikum.

Zur Sempacher Schlachtfelder greift Schultheiß Dr. Rogger auf die historische Bedeutung des Anlasses zurück. Auf die konkreten Vorstöße der Fragesteller hat Dr. Rogger nicht ebenso kon-

Sportfreundliches Willisau
Das Klein-Hallenschwimmbad auf guten Wegen - Erfreulich positive Volksbefragung

(F-Korr.) Der Stadtrat von Willisau hatte auf den Montagabend zu einer öffentlichen Orientierungsversammlung eingeladen. Es galt zu wichtigen Traktanden der nächsten außerordentlichen Gemeindeversammlung vom Freitag, 11. Juli, eine umfassende Meinung zu erforschen. Der Bau einer Doppelturnhalle verbunden mit der Militärunterkünften, der Einbau eines Kleinhallenschwimmbades und die Neuerstellung der Turn- und Sportanlagen auf dem vermutlich über vier Millionen Franken, und ein solcher Brocken will vorbereitet sein, denn er ist während Jahren zu verdauen.

Es war das erstmal, daß in Willisau zu einer solchen Aussprache eingeladen wurde. Der Stadtrat durfte sich freuen über den Großaufmarsch. Daß auch die Frauen mit von der Partie waren, wurde lobend erwähnt. Stadtpresident H. Züst unterstrich in seinem Eröffnungswort, daß die Versammlung nicht nur den Zweck verfolge, zu informieren, sondern daß der Stadtrat vielmehr den Wunsch habe, Rede und Antwort zu stehen. Architekt Hans Rudolf Burgherr, Stadtbauingenieur in Lenzburg, in der Erstellung von Turn- und Sportanlagen ganz besonders versiert, äußerte sich in sehr instruktiven Ausführungen zur zeitgemäßen Entwicklung im Turnhallenbau und von Lehrschwimmbekken und Hallenbädern im besonderen. Die Wünsche unserer Sportvereine nach einer Großturnhalle und die Tatsache, daß für den Hallenhandball 20x40 m vorgeschriebene Maße sind, haben die Projektierung der neu zu erstellenden Turnhallen sehr günstig beeinflusst und statt zwei Anlagen um mit verhältnismäßig wenig Mehrkosten sogar drei Turnhallen zur Verfügung stehen. Es soll aber ja niemand Bedenken haben, daß diese Hallen zum Teil brach liegen werden. Die zahlenmäßige Entwicklung der Stadtschulen ist überblickbar. Es ist auch notwendig, die Klassen im Turnunterricht frühzeitig in Mädchen- und Knabenabteilungen zu trennen. Eine baldige volle Beanspruchung der drei Hallen ist vorauszusehen. Vergessen wir nie, daß schon vor mindestens zwölf Jahren eine neue Turnhalle fällig war, und daß unsere Schulen das vorgeschriebene Pensum im Turnen schon lange nicht mehr erfüllen könnten.

In bezug auf die Schwimmhallen ist ein deutlicher Trend vom Lehrschwimmbekken zum Kleinhallenschwimmbad festzustellen, weil dieses bedeutend mehr zu bieten vermag und die Mehraufgaben mehr als rechtfertigt. Architekt Walter Imbach, Malters-Luzern, äußerte einige grundsätzliche Gedanken zum Schwimmen, das unter allen Sportarten den größten gesundheitlichen Wert hat, und dem auch als Freizeitgestaltung immer mehr Bedeutung zukommt. Auf dem Schloßfeldareal besitzt Willisau einzigartige Ausbaumöglichkeiten und das Schul- und Sportzentrum, das weitsichtige Bürger schon seit Jahren sich vorzustellen vermögen, scheint nun doch nach und nach Formen anzunehmen. Natürlich muß man sich bei allem Optimismus auch Gedanken machen über die mögliche Finanzierung. Die voraussehbaren Kosten betragen: Turnhallentrakt 2,17 Millionen, Schwimmbad 1,25 Millionen und Sportanlagen 780 000 oder total 4,2 Millionen Franken. Der angenehme Kubikmeterpreis von 135 Franken liegt eher an der unteren Grenze und erlaubt keine architektonischen Spielereien. Stadtpresident Züst, der Hauptverantwortliche für die Gemeindefinanzen, glaubt, daß Willisau diese große Summe in etwa 20 Jahren verkaufen kann, doch müßten inskünftig größere außerordentliche Aufgaben auf ein erträgliches Maß beschnitten werden, wenn nicht Steuererhöhungen in Kauf genommen werden wollen. Wenn der Stadtrat das vorliegende Großprojekt einhellig empfiehlt, dann besonders darum, weil die Turnhallen und die Sportanlagen gebaut werden müssen, nachdem sich die Schulen und die Vereine schon seit Jahren über Gebühr haben gedulden müssen und die Kombination mit dem Hallenschwimmbad heute eine nie mehr wiederkehrende Chance bildet. Ganz besonders erfreulich war die rege Diskussion. Nicht weniger als zehn Redner meldeten sich zum Wort. Sie unterstützten ausnahmslos das Projekt und erstatteten dem Stadtrat den öffentlichen Dank für die große Planungsarbeit. Es kam dabei auch der Wunsch zum Ausdruck, es möchten die notwendigen Verbesserungen (Filteranlage und Platzvergrößerung) beim Schwimmbad so bald als möglich verwirklicht werden, da der Freibadanlage als Familienbad eine sehr große Bedeutung zukomme. Es ist vorauszusehen, daß an der außerordentlichen Gemeindeversammlung vom nächsten Freitag, der Kredit von 100 000 Franken für die Projektierung der Turnhallen, der Schwimmhalle und der Sportanlagen ohne größere Diskussion bewilligt wird. Hoffen wir, daß auch der Neubau der kantonalen Mittelschule mit dem gleichen Elan vorangetrieben werden kann. Damit wird die momentane Schulraumnot behoben. Weil aber die Berufsschulen wiederum neue Wünsche anzubringen haben, bleiben weitere Probleme offen.

Der Wirtschaftskörper des Kantons Luzern hat sich in den verflochtenen 20 Jahren recht stark verändert.

Im Jahre 1950 waren von den Berufstätigen in der Land- und Waldwirtschaft 28 Prozent, in der Industrie und im Gewerbe 41 Prozent und im Dienstleistungsgewerbe 31 Prozent. Nach der letzten Erhebung über die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1965 waren im ersten Sektor 18 Prozent, im zweiten Sektor 48 Prozent und im dritten Sektor 34 Prozent (die Verhältniszahlen der Schweiz betragen, 9, 54, 37 Prozent).

Von der Urproduktion erwähne ich vorab die ältesten Zweige, die Fischerei und die Jagd. Für diese beiden Reale wurden neue Vorschriften aufgestellt, und zwar im Sinne einer besseren und nachhaltigen Bewirtschaftung. Das Gesetz über die Revierjagd wird als sehr neuzeitlich bezeichnet. Die Schaffung einer besonderen Jagd- und Fischereiverwaltung bürgt für eine intensivere Betreuung dieser Sachgebiete. Die Waldwirtschaft hat durch das neue, höchst moderne Forstgesetz wertvollste Förderungsmaßnahmen für eine gute Bewirtschaftung erhalten.

Die Landwirtschaft bedarf einer gezielten Verbesserung der Grundlagen.

Die Ausbildung wurde durch die kürzlich erlassene Verordnung über die landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung neu geregelt. Es werden Berufsschulen für die Lehrlinge geschaffen und die bestehenden Fachschulen für eine noch weitergehende Ausbildung ausgebaut, sowohl für die landwirtschaftlichen Berufe wie für die bäuerliche Hauswirtschaft. Die Gesamtmassnahmen berücksichtigen die strukturellen, arbeitsparenden und ertragssteigernden Momente. Durch gute Ausrichtung der Betriebe mit zweckmäßigen Gebäuden, technischen Einrichtungen und Maschinen ist die Rationalisierung zu erhöhen. Alle diese Maßnahmen wurden stark vorangetrieben, wie dies aus dem Landwirtschaftsbericht ersichtlich ist. Sie führen, gepaart mit gut ausgebildeten, rationell denkenden und zielbewußten Betriebsleitern zu guten Erfolgen. Die Landwirtschaft hat es durch große Anstrengungen verstanden, die Produktivität zu steigern. Im gleichen Sinne wird die Landwirtschaft das Begehren nach einer marktkonformen Produktion verstehen und bestmöglichen müssen.

Die neuzeitliche Landwirtschaft ist für die beiden andern Wirtschaftssektoren von großem Interesse, ist sie doch für sie eine bedeutende Auftraggeberin geworden.

Ganz erheblich sind die Aufträge an die Maschinenindustrie, die Düngemittelindustrie, die Futtermittelindustrie und das Baugewerbe. Dem Dienstleistungsgewerbe ist die Landwirtschaft ein guter Kunde. Die Landwirtschaft hat mit einem großen Anteil an Fremdkapital zu arbeiten, was weitgehend durch die Banken geht. Die Handelsgeschäfte werden berücksichtigt für Hilfsstoffe aller Art und Reparaturwerkstätten haben ihren Verdienst an der Instandsetzung des großen Maschinenparkes. Ueberdies sind die Versicherungen an der Landwirtschaft interessiert, hat sie doch ihre Versicherungsregelungen vorwiegend auf privater Basis.

Van Ad Mitt 16 bera Freit 9 Ut Ebi Mitt 20 U versa Doni 20 U Freit Schul Sums Intern trieb Tagei Dieni 8,30 Schul meldi kassie Samst Schw debet gestel Dieni 9 Uhu entlas Mont notwe Emi Mittw 20 U mit w Donn 20 U Landf Freita Gemei Schulj Wer Übte Rei Ver leid alko Ene Refr Hab (net nur) entf